

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Verabbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 210 B

BERLIN • Mittwoch, den 7. September 1932

1. JAHRGANG

Neue Notverordnungen — neue Not!

Papens Einjahres-Plan / Gewerkschaften in Lebensgefahr.

Rpt. Von Notverordnung zu Notverordnung verschärft sich die Krise in Deutschland. Die Maßnahmen zur Erhaltung der herrschenden Klasse auf Kosten der Ausgebeuteten würden darum schärfer und schärfer. Die Verordnungen des Reichspräsidenten und die gleichzeitigen Verordnungen der Reichsregierung vom 4. September übertreffen ihre Vorgänger, wie man schon aus der Rede des Reichskanzlers in Münster ersehen konnte, in jeder Hinsicht: an *Geschenken* für die herrschende Klasse, an *Opfern*, die der Masse der Bevölkerung auferlegt werden, und an — „*Begleitmusik*“. Einige Proben dieser Begleitmusik werden wir im folgenden kennen lernen, wenn wir an Hand der amtlichen Mitteilung der Reichsregierung die wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnungen durchmustern.

In der Einleitung dieses 34 Schreibmaschinenseiten umfassenden Schriftstücks wird ausgeführt, was die einzelnen Bevölkerungsgruppen erhalten. Neu davon ist: Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, Garantien in Höhe von 45 Millionen Mark für gewerbliche Kredit- und Konsumgenossenschaften zu übernehmen und Zinszuschüsse von 3,4 Millionen Mark zu zahlen, ferner zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in *Gewerbetrieben bis zur Höhe von 30 Millionen Mark Garantien zu übernehmen oder Darlehen zu gewähren und drittens der Bank für deutsche Industrie-Obligationen zur Vorfinanzierung der in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 für die Gewährung von Krediten an gewerbliche Betriebe, insbesondere kleineren und mittleren Umfangs vorgesehenen Beträge aus der Aufbringungs-Umlage Reichsschatzanweisungen in Höhe von 40 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Die Landwirte werden 40 Prozent der Grundsteuerzahlungen in Form von Steueranrechnungsscheinen zurückerhalten, statt, wie zunächst geplant, nur 25 Prozent. Ein Erfolg der agrarischen Propaganda! Die Hausbesitzer erhalten außer der auch für sie auf 40 Prozent erhöhten Grundsteuerückvergütung eine Reichsbeihilfe von 50 Millionen Mark als Zuschuß für Reparaturen.*

In der Einleitung wird betont, alles müsse vermieden werden, was die

Stabilität der Währung

beeinträchtigen könnte; die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung seien in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden. — Das ist offenbar die Antwort auf die mehrfach verbreiteten Gerüchte, L u h e r werde sein Amt als Reichsbankpräsident niederlegen.

Als Begründung für die Ergreifung der Maßnahmen wird von Seiten der Reichsregierung wieder angegeben:

Es gelte, den nach Erreichung des Tiefstandes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten.

Dazu solle die Vornahme öffentlicher Arbeiten dienen; der Gesamtaufwand dafür wird für die nächsten Monate mit 3/4 Milliarden Mark angegeben; es wird sich unter anderem handeln um: 335 Millionen Mark gemäß den beiden „kleinen“ Arbeitsbeschaffungsprogrammen, 170 Millionen Mark Reichsbahnaufträge auf Grund von Steuergutscheinen, 50 Millionen Mark für Hausreparaturen, 60 Millionen Mark Aufträge der Post; um was noch? Dazu sollen ferner die in der Hauptsache bereits bekannten Maßnahmen dienen, die von der Reichsregierung bezeichnet werden als der „Anfang einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik“. Die Regierung behauptet: Die Maßnahmen „werden in gerechter, in besonders die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werden“. — Wenn dies der Anfang einer gerechten Wirtschaftspolitik ist, wie wird dann das Ende aussehen?

Entlastung der Wirtschaft.

Unter dieser Überschrift bekennt die Regierung stolz, daß eine solche Entlastung der Wirtschaft (lies: der herrschenden Klasse) schon in dem Programm früherer Regierungen angekündigt, aber niemals verwirklicht, meist sogar in ihr Gegenteil verkehrt worden sei. — Die Börse quittiert die Entlastung mit stark steigenden Kursen.

Die wichtigste Entlastung stellen die Steuergutscheine dar, über die einige Einzelheiten neu bekannt werden.

1522 Millionen Mark Steuergeschenke.

Der Gesamtbetrag der auszugebenden Steuergutscheine wird auf etwas über 1,5 Milliarden Mark geschätzt, und zwar auf Grund folgender Berechnung:

1. Umsatzsteuer
1500 Millionen Mark, davon 40% = 600 Millionen Mark
2. Gewerbesteuer
600 Millionen Mark, davon 40% = 240 Millionen Mark
3. Grundsteuer
1280 Millionen Mark, davon 40% = 512 Millionen Mark
4. Beförderungssteuer in voller Höhe . . . 170 Millionen Mark

zusammen 1522 Millionen Mark

Die Steuergutscheine werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000, 10 000 und 20 000 Mark ausgegeben. *Wer weniger als 50 Mark zu beanspruchen hat, erhält Scheine über 10 und 20 Mark erst nach dem 30. September 1933.*

Der „Deutsche Volkswirt“ schätzt, daß die kleinen Beträge etwa zwei Fünftel des Gesamtbetrages ausmachen. Durch deren späte Auszahlung werden die Gefahren und Aussichten einer

AUS DEM INHALT:
Arbeiterregierung statt Regierung der Barone.

Das Ausland zur Parade der 180 000.
Hinter den Kulissen des Katholikentages.
Im Schein der „Ewigen Lampe“.

und Wohlfahrtsunterstützungslasten befreit. Es entspricht ja auch dem Sinn einer kapitalistischen Verordnung, die Lasten möglichst auf die Arbeiterschaft abzuladen. Das wird noch viel deutlicher im zweiten Teil der Verordnung.

Nachprüfung der Sondergerichtsurteile.

Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, die sofort rechtskräftig gewordenen Urteile der Sondergerichte nachzuprüfen, die von den Richtern in einem beschleunigten Verfahren unter Anwendung hoher, durch die Notverordnung vorgeschriebener Mindeststrafen gefällt werden mußten.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat es ehrenamtlich übernommen, die erforderliche Nachprüfung durch einen Ausschuß hervorragender Juristen durchführen zu lassen. Diese Nachprüfung wird sich nicht nur auf die tatsächlichen Grundlagen des Urteils beschränken, sondern insbesondere auch dar-

auf, ob bei aller Notwendigkeit der Bekämpfung des politischen Terrors einzelne Strafen als zu hart erscheinen.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ bittet, ihr die Urteilsausfertigungen der Sondergerichte und etwa vorhandene Anklageschriften unverzüglich zuzustellen, sowie Tag des Straftritts und die Adresse des Verurteilten mitzuteilen, und zwar unter folgender Anschrift: „Deutsche Liga für Menschenrechte EV“, Sondergerichtsausschuß, Berlin N 24, Monbijouplatz 10, Eingang IV/III.

Preissteigerung natürlich zunächst wesentlich gemildert. Vor dem 30. September 1933 werden nur rund 900 Millionen Mark von jenen 1,5 Milliarden Mark-Scheinen ausgehändigt. Nach Ansicht des „Deutschen Volkswirtes“ wird ein Teil davon, 100 bis 200 Millionen Mark, unverwertet in den Kassen derjenigen Unternehmungen liegen bleiben, die eine Veräußerung oder Beleihung nicht nötig haben. Als Kreditunterlage käme daher von den 1,5 Milliarden nur etwa die Hälfte in Frage. Der Börsenkurs der Scheine wird kaum höher als 70 Prozent liegen; wenn die Scheine zu durchschnittlich 60 Prozent ihres Kurswertes von den Banken beliehen werden, so ergäbe sich die Möglichkeit einer Kreditausweitung von nur 300 bis 350 Millionen Mark. — So weit die Rechnung des „Deutschen Volkswirtes“. Wenn man noch bedenkt, daß die Kreditausweitung sich auf 12 Monate verteilen wird, erscheint die Gefahr weit geringer, als sie auf Grund der Rede des Reichskanzlers erscheinen konnte. Nach Mitteilung der Reichsregierung wird diese zudem weitgehende Ermächtigungen erhalten, allgemein oder für Gruppen von Scheinen einen „Verwendungszwang“ einzuführen, „um ein wahlloses Werfen von Steuergutscheinen auf den Markt zu verhindern“.

700 Millionen Mark Beschäftigungsprämien.

Die Regierung gibt in ihren Erläuterungen zu, daß die Gefahr des Mißbrauch der Beschäftigungsprämien besteht. „Um des Zweckes willen und im Vertrauen auf den Erfolg der Maßnahmen glaubt die Reichsregierung, die Gefahr des Mißbrauchs in Kauf nehmen zu sollen.“

Im einzelnen wird bestimmt: Ein Arbeitgeber, der in dem „Wirtschaftsplanjahr“ vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalendervierteljahres mehr Arbeitnehmer beschäftigt als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeitnehmer über die frühere Bestandzahl hinaus, den er ein Vierteljahr lang beschäftigt, 100 Mark Prämie in Gestalt eines Steuergutscheins. Insgesamt werden, wie bereits bekannt, 700 Millionen Mark Steuergutscheine für diesen Zweck bereit gestellt. Wenn wir die vorhin angestellte Rechnung übertragen, so wäre auf Grund dieser Scheine eine Kreditausweitung in Höhe von weiteren etwa 300 Millionen Mark, verteilt auf vier Vierteljahre, möglich.

Die Regierung meint, die Beschäftigungsprämie werde vor allem den kleinen und mittleren Betrieben zu gute kommen (?). Es ist richtig, daß sie einen Antriebsimpuls auf erweiterte Einführung von Kurzarbeit bietet und alle öffentlichen Haushalte, insbesondere die der Gemeinden, von manchen Krisenunterstützungs-

Vollmacht zum Abbau der Sozialpolitik.

Die Regierung wird beauftragt, „im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf bestimmten Gebieten das soziale Recht in seinen Formen und Grenzen so zu gestalten, wie es der wirtschaftliche Notstand und das soziale Bedürfnis, das Gebot der Einfachheit und Sparsamkeit erfordern.“

Welch ausgezeichnetes Gewissen die Regierung dabei hat, ergibt sich aus dem folgenden Satz der amtlichen Mitteilung:

„Das Mißtrauen gegen diese Ermächtigung ist nicht gerechtfertigt.“

Dabei nimmt die Regierung (Bezug auf die Kundgebung des Reichspräsidenten: „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft soll gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben.“ Dem entspricht die Versicherung der Regierung:

„Der Tarifvertrag bleibt in seinen begrifflichen Merkmalen unberührt.“

(Wir finden: auch die Unbekümmertheit solcher Erklärungen steigt von Notverordnung zu Notverordnung!)

Die Regierung wird von der Ermächtigung zweifellos bald auch in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung Gebrauch machen. Sie sagt in ihren Mitteilungen sehr richtig: „Auch die Arbeitslosenhilfe kann einfacher geregelt werden. Jedenfalls scheint die Dreiteilung der Unterstützung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein.“ Aber was wird, abgesehen von der sicher möglichen Vereinfachung der Verwaltung, „vereinfacht“ werden? Die Mitteilungen der Reichsregierung sprechen in dem Abschnitt über sozialpolitische Maßnahmen mehr als an irgend einer anderen Stelle von „sozialer Gerechtigkeit“, u. s. w. Ein schlechtes Zeichen!

Von der Ermächtigung macht die Regierung sofort in bezug auf Tarifverträge in der bereits bekannten Form Gebrauch:

1. Je größer die Vermehrung der Belegschaft, um so größer soll auch die Ermäßigung der tariflichen Löhne sein. Die Lohnermäßigung soll jedoch auf die Vergütung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde beschränkt sein, in keinem Falle soll sie über die Hälfte der Vergütung für die 30. bis 40. Stunde hinausgehen. Diese Höchstgrenze wird erst bei einer Vermehrung der Belegschaft um ein volles Viertel erreicht.

Der Arbeitgeber, der von der Berechtigung zur Ermäßigung der tariflichen Lohnsätze Gebrauch machen will, hat dies der

Belegschaft durch Aushang im Betriebe bekannt zu geben und darf dann ohne weiteres von dem Beginn der nächsten Lohnwoche an, für Angestellte vom Beginn der nächsten Monatshälfte an, die Lohn- oder Gehaltsminderung eintreten lassen.

Wo es sich lediglich um Verschiebungen der Arbeit zwischen mehreren Betrieben handelt, oder aus sonstigen Gründen der Zweck der Verordnung nicht erreicht wird, hat der Schlichter dem Arbeitgeber die Berechtigung zu entscheiden. Auf Saisonbetriebe findet die Verordnung grundsätzlich keine Anwendung. Nur wo der Arbeitgeber über den saisonbedingten Stand hinaus seine Arbeitskräfte vermehrt, soll ihm der Schlichter zu entsprechenden Lohnermäßigungen ermächtigen können. Für landwirtschaftliche Betriebe soll für die Feststellung der neuen Arbeitsplätze jeweils von dem entsprechenden Monat des Vorjahres ausgegangen werden.

Wenn ein Unternehmen von der 48- zur 40-Stunden-Woche übergeht und die Belegschaft um 25 Prozent erhöht, ergibt sich eine **Wochenlohnkürzung um 27 Prozent**.

2. Der Schlichter wird ermächtigt, wenn die Weiterführung oder Wiedereröffnung eines Betriebes durch die Tariflöhne gefährdet ist, **Abschläge vom Tariflohn bis zu 20 Prozent** zuzulassen. Wir vermuten, daß dies überall dort der Fall sein wird, wo keine Vermehrung der Belegschaft Lohnkürzungen ermöglicht.

Die Verordnung tritt am 15. September in Kraft. Das Lohnminderungsrecht, das auf der Vermehrung der Belegschaft beruht, fällt mit dem Schluß des Monats März 1933 weg.

Nachlese.

Auch in dieser Notverordnung werden nach dem Vorbild der Bestimmungen Brünnings über Einführung von Vierpfennig-Stücken eine Reihe von Einzelheiten geregelt. Nur einige Beispiele: Die Bürgersteuer wird weiter erhoben, in etwas verringertem Umfang. Die Landwirte — denen die Hauptgeschenke ungefähr gleichzeitig durch Zollerhöhungen und Preisstützungsaktionen zu Teil werden; die Kontingentierungen der Einfuhr sollen bald folgen! — bekommen die Umsatzsteuer für Milch künftig erlassen, wenn sie einem nach dem Milchgesetz vorgeschriebenen Reinigungs-, Erhitzungs- oder Tiefkühlungsverfahrens unterzogen wird. Eine Bestimmung, die den Versuchen auf Verbesserung der deutschen Milchproduktion den notwendigen Nachdruck verleihen kann. — In denjenigen Betrieben, an denen das Reich mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist, ferner in den Betrieben, denen das Reich, ein Land oder eine Gemeinde finanziell hilft oder geholfen hat, dürfen künftig die Bezüge der Vorstandsmitglieder und leitenden Angestellten nicht höher sein, als sie in der Reichsverwaltung für vergleichbare Dienstleistungen gezahlt werden. Als Finanzhilfe gelten beispielsweise: Kredite und nichtrückzahlbare Zuschüsse, die Ueberlassung von Kreditunterlagen, die Uebernahme von Zinsgarantien und Bürgschaften. — Die Einführung eines Beanstandungsverfahrens soll sichern, daß die in der zweiten Gehaltskürzungsverordnung enthaltene Höchstgrenze für die Bezüge von Angestellten und Arbeitern bei den Gemeinden, den gemischtwirtschaftlichen Versorgungsbetrieben und bei öffentlichen Körperschaften nicht überschritten wird.

Das Programm ist richtig? Wozu?

Einzelne Maßnahmen sind auch von unserem Standpunkt aus richtig. Das darf uns aber nicht darüber täuschen, daß fast alle Maßnahmen richtig sind nur zu dem Zweck, die Regierung Schleicher-Papen sich gesetzt hat: die herrschende Klasse durch die Krise hindurch zu retten, koste es, was es wolle.

Angesichts der schwierigen Lage gehört zu diesem Unterfangen Kühnheit und Brutalität. Notwendig ist Kühnheit im Ausprobieren immer neuer Maßnahmen. Dieses Mal ist es der Vorgriff auf künftige Steuererhöhungen. Bei Brünnings großer Notverordnung vom Dezember 1931 war es die „schlagartige“ Senkung von Löhnen, Preisen und Zinsen. Bei einer künftigen Notverordnung wird es vielleicht die Arbeitsdienstpflicht im großen Stil sein. — Die Kühnheit muß sich paaren

mit **Brutalität** in der Herabdrückung der Lebenshaltung der Massen. Bei den ersten Notverordnungen hieß es: Ein größeres Opfer könne der Bevölkerung überhaupt nicht zugemutet werden. Solche Worte fehlen dieses Mal. Wer würde sie auch heute noch glauben? — Die Worte von „sozialer Gerechtigkeit“ aus dem Munde der ausgesprochensten Klassenregierung, die es seit 1918 gegeben hat, wer glaubt sie, über einen Teil der engsten Anhängerschaft hinaus?

Wann kommt die Regierung, die mit jenen Worten von sozialer Gerechtigkeit ernst macht und die auch mit Kühnheit vorgeht und auch — wo es ihren Gegnern gegenüber notwendig ist — mit Brutalität? Wann kommt die Arbeiterregierung an Stelle der Regierung der Barone? Anders ausgedrückt: Wie weit ist die Arbeit an der Vorbereitung der Einheitsfront fortgeschritten?

Diese Arbeit wird durch die heutigen Notverordnungen wichtiger als je. Denn diese sind

Notverordnungen zur Zerschlagung der Gewerkschaften.

Wer wird in ihnen Mitglied bleiben oder gar neu Mitglied werden, lediglich weil die „begrifflichen Merkmale“ des Tarifvertrages erhalten bleiben, nicht aber die Tariflöhne? Wenn von den viel gepriesenen sozialen Errungenschaften, die sowieso seit langem fast nur noch im Rechnermaterial vorhanden waren, in der Wirklichkeit nichts aber auch gar nichts übrig bleibt?

Gewiß: Die Kampfkraft der Gewerkschaften wurde in den letztvergangenen Jahren kaum eingesetzt. Was aber, wenn sie gar nicht mehr vorhanden ist?

Das Ausland zur Parade der 180000.

„Exzellenzen von einst und Autoritäten von heute“.

Der Berliner Stahlhelmtag hat im Ausland eine große und begriffliche Erregung hervorgerufen. Die Anwesenheit der Reichsminister bei der Parade von 180000 Stahlhelmen gab hierbei den Ausschlag.

Die Ueberschriften, die die sonst so zurückhaltende englische Presse ihren Berichten gegeben hat, reichen hin, den Eindruck auf das Inselreich erkennen zu lassen: „Das größte militärische Schauspiel seit 1913“; „Der deutsche Kronprinz besichtigt eine deutsche Armee“; „1914-Blut legt über Berlin“.

Wer Ende voriger Woche in Berlin war, weiß, daß von einer 1914-Blut keine Rede war, daß der Geist der kaiserlichen Armee wohl in den Kreisen der Stahlhelmer selber, vor allem ihrer Führer zu Hause war — da war er es ja immer —, daß aber die Berliner dem Stahlhelmtag keine übermäßig große Beachtung geschenkt haben.

Bemerkenswert ist, daß die französische Rechtspresse kaum stärkere Töne anschlägt wie die Nachbarn jenseits des Kanals. „Intransigeant“ bemerkt, daß den Stahlhelmen nur die Gewehre und Kanonen fehlen, deren Lieferung die Reichsregierung jedoch im gegebenen Augenblick übernehmen würde.

In einer Festversammlung von 300 hohen Offizieren hätten die Söhne des Kaisers die Abwesenheit ihres Vaters entschuldigt, der, in Doorn zurückgehalten, in diesem Jahre noch nicht in der Lage sei, seinen früheren Generalen zu Ehren seinen Besuch zu erweisen. Vom Kaiser abgesehen sei die Familie Hohenzollern vollzählig dagewesen. Der Berichterstatter fügt hinzu, daß im Sportpalast nicht ein Wort gegen Frankreich laut geworden sei. Der Stahlhelm wolle wohl die Gleichberechtigungsverhandlungen nicht stören.

„Temps“ schreibt: Die Herbstparade auf dem Tempelhofer Feld solle an Kaiser Wilhelm II. gemahnen und die Erinnerungen der kaiserlichen Armee auffrischen. In einer höchst merkwürdigen Verbindung nähmen daran die Mit-

Nach jedem Triumph über die Arbeiterschaft wird für die Reaktion der Kampf leichter. Was diesem Triumphzug der Reaktion inmitten der Krise ein Ende machen kann, das wissen nicht nur wir, das wissen nahezu alle Arbeiter in Deutschland: **Nur die Einheitsfront der Arbeiterschaft kann es.** An ihr weiter zu bauen, hartnäckig und zäh, — dazu mahnt uns auch das neueste Werk und Werkzeug der Reaktion.

Trotz der Gefahr, in der die freien Gewerkschaften stehen, ist das einzige, was man heute von ihnen erfährt, die Absicht, in diesen Tagen zusammenzutreten, um Stellung zu nehmen. Voraussichtlich werden sie einen Beschwörungsbuch bei Papen unternehmen. Die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sollen aufgefordert werden, sich daran zu beteiligen.

Der Reichsbund ist unzufrieden mit der Reichsregierung. Er protestiert in einer Entschloßung dagegen, „daß die Reichsregierung die Waffe des Einfuhrkontingents zum Schutze der nationalen Produktion noch immer nicht genügend anwendet“. Der Reichslandbund hält es für falsch, den vorhandenen industriellen Produktionsapparat auf allen Gebieten zu erhalten; die Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft als des Hauptauftraggebers und des Hauptabnehmers der deutschen gewerblichen Produktion sei der Angelpunkt jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms. — Wir sind ganz einverstanden; nur ist für uns die „deutsche Landwirtschaft“ etwas anderes als der ostelbische Großgrundbesitz!

glieder der gegenwärtigen republikanischen Regierung, die kaiserlichen und königlichen Fürstlichkeiten, die Führer der Reichswehr und Marine, die Exzellenzen von einst und die Autoritäten von heute teil.

Die polnische Presse ist der Ansicht, daß der Aufmarsch ein Bekenntnis zur Sehnsucht nach der Monarchie gewesen sei. Die Beteiligung der Regierung sei ein Auftrumpfen gegen Hitler.

Selbstverständlich ist die faschistische Presse Italiens über das Kriegsspiel in Deutschland sehr erfreut. Die „Tribuna“ bezeichnet den Aufmarsch als ein stolzes und eindrucksvolles Schauspiel. Der Stahlhelmtag habe diesmal mehr als sonst für die Monarchie Propaganda gemacht.

Indien in der Zange.

Der indische Vizekönig, Lord Willingdon, teilte am Montag vor der Gesetzgebenden Versammlung Indiens in Simla mit, daß die englische Regierung im November eine neue englisch-indische Konferenz nach London einberufen werde, um über die Verfassungssachen Indiens zu verhandeln. Ziel der Konferenz sei, zu einer mit der englischen Regierungspolitik möglichst weitgehenden Vereinbarung über die noch ungelösten Fragen zu kommen. Die Ergebnisse und Empfehlungen der Konferenz würden dann dem indischen Parlament vorgelegt werden. Lord Willingdon betonte, daß die Konferenz im Gegensatz zu den bisherigen englisch-indischen Konferenzen unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden und sich von vornherein mit praktischen Fragen beschäftigen werde.

Zu den innerpolitischen Zuständen in Indien teilte Lord Willingdon den Beschluß der indischen Regierung mit, daß die Politik der festen Hand gegen alle terroristischen Bestrebungen fortgesetzt werden müsse. Diese Politik habe zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt und den Ungehorsamkeitsfeldzug weitgehend unterdrückt. Um ein starkes Gegengewicht gegen die Tätigkeit der Kongreßanhänger zu gewährleisten, sei ferner beschlossen worden, einige der Notstandsverordnungen in ständige Gesetze umzuwandeln.

Hunger und Raub in der Mandchurei.

Der Ueberschwemmungs-Hilfsausschuß, der in der Nordmandchurei arbeitet, gibt in einem Bericht an, daß im Ueberschwemmungsgebiet eine Million Menschen in Hungersnot seien. In dem Gebiet zwischen Charbin und Tsitsikar ständen mehrere Flußtäler Tausende von Kilometern weit unter Wasser. Bei der ungeheuren Notlage der Bevölkerung haben die Räubereien sehr zugenommen. Viele Städte haben eine Selbstverteidigung gegen die herumziehenden Truppen von Plündernden organisiert.

Die chinesischen Meldungen, wonach sowjet-russische Flugzeuge im Dienst der chinesischen Roten Armee die Nanking-Regierung angegriffen hätten, werden von antlicher russischer Stelle energisch zurückgewiesen. In China befindet sich kein einziges russisches Flugzeug.

Bolivien will den Krieg?

v. La Paz, 6. September.

Der bolivianische Abgeordnete Molena hat im Parlament den Antrag eingebracht, Paraguay sofort den Krieg zu erklären.

In Quito ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Regierung kündigt gleichzeitig die Beschlagnahme aller Waffen an, die sich in Händen von Zivilisten befinden. In den sieben Tagen, die der Aufstand in Quito bisher gedauert hat, sind 800 Menschen ums Leben gekommen.

Der französische Haushalt in der Krise.

Der französische Haushaltsminister Palmade kündigte in einer Rede, die er am Sonntag in Saintes hielt, neue Steuerlasten an, da die bisher erzielten Sparmaßnahmen nicht ausreichen, um den Haushalt für das nächste Jahr ins Gleichgewicht zu bringen. Er wies darauf hin, daß man sich einer schärferen Besteuerung nicht widersetzen solle, da die Regierung sonst zur Bestreitung der Staatsausgaben zur Inflation greifen müßte, wenn sie ein Zahlungsmoratorium verhindern wolle. Eine Inflation sei aber gerade für Arbeiter, Angestellte und Beamte sehr unerwünscht.

Dieser letzte Hinweis läßt vermuten, daß die Regierung gerade die Arbeiter durch die Drohung mit der Inflation zur Annahme neuer gegen sie gerichteter Steuerlasten bewegen will.

Im Schein der „Ewigen Lampe“.

Nazi-Politik in Danzig.

Nachdem im Deutschen Reich die Freundschaft zwischen Hitler und den Nationalen des Herrenklubs in die Brüche gegangen ist, hält es auch die deutschgesonnene Danziger NSDAP für ihre Aufgabe, die entsprechenden Beziehungen zu lösen. Das Signal dazu wurde offiziell am Sonntag gegeben.

Die Parade.

Während auf dem Tempelhofer Feld in Berlin der „Stahlhelm“ an der Reichsregierung vorbeimarschierte, nahm der Hitlerische Stabschef Röhm in Danzig über 8500 SA-Leute die Parade ab und überbrachte die Grüße des „Führers“. Nach ihm sprach Prinz A u w i, der mit seiner Bemerkung, die Deutschnationalen im Reich wollten jetzt ernten, was die Nationalsozialisten gesät hätten, den Danzigern das Stichwort gab: Der Danziger Gauleiter der NSDAP gab in seiner abschließenden Ansprache bekannt, daß die Nationalsozialisten die Regierungskoalition in Danzig (Deutschnationale, Block der nationalen Sammlung und Zentrum) künftig nicht mehr unterstützen würden, sondern eine Neuwahl des Parlaments (des Volkstages) verlangten

Erinnerungen an den Sozialismus.

Das Danziger Nazi-Blatt „Der Vorposten“ bringt die parteiamtliche Begründung für den Abbruch der Tolerierungspolitik. Zunächst wird eine bewegliche Klage erhoben über die dem „Herrenklub“ entsprechenden Danziger Kreise, die in dem Verein „Ewige Lampe“ zusammengeschlossen seien. Seit einiger Zeit seien die Mitglieder dieses Vereins so unfreundlich zu den NS! Der deutschnationale Senator Hinz habe sogar geäußert: „Dieser Braunhemdentag (die Parade vom vergangenen Sonntag) ist der letzte Tag, an dem die Nationalsozialisten marschieren dürfen.“ Da solche Unfreundlichkeiten zur Herbeiführung der gewünschten Regierungskrise noch nicht hinreichen, hat sich die Danziger NSDAP auf den Sozialismus besonnen und am Donnerstag, dem 1. September, an den Danziger Senat ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Aufhebung der Senatsverordnung vom August 1932 über die Kürzung der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen verlangt und an ihrer Stelle eine Kürzung der Senatorengelöhner und der Gehälter der höhe-

ren Angestellten fordert. Der Brief tritt ferner ein für einschneidende Hilfsmaßnahmen zu Gunsten der Danziger Landwirtschaft, für ein großzügiges Siedlungsprogramm, für Revision der Wohnungszwangswirtschaft sowie eine allgemeine Verwaltungsreform. Da der Senat — so erklärt die parteiamtliche Begründung — es unterlassen habe, auf diesen Brief eine eindeutige und klare Antwort zu geben, so müsse die NSDAP dieser Regierung die Möglichkeit nehmen, ihre unsoziale Politik weiterzuführen.

Im Schein der „Ewigen Lampe“.

Schade nur, wenn man im Eifer des Angriffs die Vorgeschichte der so heftig beförderten Verordnungen vergißt. Der Senat hat in seinem Antwortschreiben auf den Nazi-Brief erklärt, daß alle von dem jetzigen Senat getroffenen Maßnahmen im engsten Einvernehmen mit der Fraktion der NSDAP beraten und von den Regierungsparteien zusammen mit der NSDAP beschlossen worden seien.

Vor der Neuwahl des Volkstages.

Die Mahnung, die der Senat am Schluß seiner Antwort an seine bisherigen Gönner richtet, sie möchten doch gerade jetzt, vor der Tagung des Völkerbundsrats und den für diese Tagung angesetzten Beratungen über die Streitfragen zwischen Polen und Danzig, die nationalen Interessen im Auge behalten und sie nicht durch eine Regierungskrise oder die Auflösung des Volkstages gefährden, diese Mahnung wird vermutlich keine Beachtung finden. Die Nationalsozialisten gehen offensichtlich auf Neuwahlen aus, um auch in Danzig die in den vergangenen zwei Jahren im stillen angewachsene Sohar der Nazi-Wähler (die vorigen Volkstagswahlen waren am 16. November 1930) in Erscheinung treten zu lassen.

Höchstwahrscheinlich kommen die NS im Volkstag mit ihrem Mißtrauensantrag gegen den Senat und ihrer Forderung nach Neuwahlen durch. Wenn die 13 Mann starke Fraktion der NSDAP in die Opposition geht, so wird die Regierung im Volkstag nur von 33 der 72 Abgeordneten gestützt. Die 39 übrigen Abgeordneten, die sich auf die Fraktionen der KP, der SP und der NSDAP verteilen, werden nach ihrer bisherigen Haltung voraussichtlich für eine Neuwahl des Volkstages stimmen

Die Mobilisierung der schwarzen Front.

Abschlußbetrachtungen zum Katholikentag.

S. H. Das Hauptthema des Essener Katholikentages: „Christus in der Großstadt“ war klug gewählt. Es traf die Fragen und Aufgaben, die für die aktiven, um die Herrschaft ihrer Kirche kämpfenden Katholiken heute im Mittelpunkt ihrer Sorge und ihrer Arbeit stehen; es war daher geeignet, fast allen Veranstaltungen der Tagung sein Gepräge aufzudrücken.

Daß die Fragen der Großstadt den Katholiken schwere Sorgen machen, drängte immer wieder hervor. Die Dogmen und Riten der Kirche wirken veraltet, überlebt; die Menschen der Großstadt gehen achtlos an ihnen vorbei. In Essen hat man sich das eingestanden. Aus der Rede von Frau Dr. Schlüter-Hermkes, Berlin, die auf diese Gefährdung des Katholizismus mit besonderem Nachdruck verwiesen hat:

„Seitdem Gott Mensch wurde, hat es keine Epoche in der Geschichte des Christentums gegeben, die in einem solchen Ausmaß und so selbstverständlich gottforn war, wie diese Zeit, die wir die unsrige nennen, und für die wir die Verantwortung tragen. An den Straßenecken, in den Bahnhöfen, in den Warenhäusern, auf den Spielplätzen steht kein Bildstock, kein Kruzifix, dem Kinder Blumen bringen, in den Hausnischen und -Eingängen brennen vor keiner Madonna Kerzen. Der durchschnittliche Europäer lehnt das Christentum nicht ausdrücklich ab, er setzt sich nicht mit seinen Geboten und Lehren auseinander, er bekämpft es nicht wie in den Zeiten der Religionskriege und der verschiedenen Kulturkämpfe. Was schlimmer ist: Er übersieht es, weiß nichts davon, es interessiert ihn nicht.“

Wenn wir im nächsten Jahrzehnt nicht ernst machen mit der verpflichtenden Arbeit an anderen, dann wird es um das Werk Christi auf Erden schlecht bestellt sein, dann wird der stärkere Glaube derer, die an das Kollektiv, an die Erde, an die bloße Natur, an den Leib glauben, unseren schwachen Glauben an Gemeinschaft, an Christo, an die Uebernatur, an die Seele besiegen. . . .

Die Kirchlichkeit von heute mutet manchmal an wie kleinbürgerlich, ja manchmal sogar wie spießbürgerlich. Das muß anders werden.“

Auf welchem Weg dieses „Anders-Werden“ vor sich gehen soll, das war der Gegenstand angestrengtester, fast möchte man sagen: verzweifelter Bemühungen. Es geht für die Kirche um eine Lebensfrage, Gleichgültigkeit und Ablehnung treffen sie in einem Punkt, in dem sie, die in Nebendingen ab Wandelbare und Anpassungsfähige, den Bedürfnissen der Zeit auch

nicht einen Schritt entgegenkommen kann, ohne sich selber aufzugeben: in ihrem dogmatischen Lehrgebäude und den unmittelbar daran geknüpften kirchlichen Gebräuchen und Forderungen (Messe, Beichte, Priestergehlde u. ä.) hat sich alles gestellt, wird die Verkündung dieser Lehren den verloren gegangenen Boden im gesellschaftlichen Leben gewiß nicht zurückerobert. Bei der altmodischen und zufälligen Art, in der die Dogmen der Kirche bildliche Vorstellungen mit Bruchstücken von Gedanken und Ideen zu einem starren, weder den Geschmack noch das sittliche Gefühl ernsthaft ansprechenden Gebilde verbinden, wirken sie nicht nur abgestanden und überholt; sie sind es auch.

„Nicht abstrakte Gedankengänge, nicht apologetische Beweisführungen, nicht fromme Melodien wirken in Fabriken und Bergwerken. Grundsätze allein tun es nicht.“

Und doch ist die Kirche darauf angewiesen, ihren Grundsätzen Geltung und Beachtung zu erzwingen, wenn es nicht mit ihrer Herrscherstellung endgültig vorbei sein soll.

Drei Wege, den Einfluß der Kirche zu sichern, ohne mit der fragwürdigen Verkündung ihrer Lehre zu beginnen, sind auf dem Essener Katholikentag durchberaten und durch Einzelvorschläge ausgebaut worden:

Der erste Weg: die Kinder- und Jugendarbeit.

Diese Arbeit stand in Essen nicht nur zur Erörterung; die Jugend, der diese Arbeit gilt, war selber vertreten. Die „Germania“ berichtet darüber:

„Der Katholikentag erhielt von Anfang an ein besonderes Gepräge durch die riesig große Anzahl von Jugendlichen, die aus allen Gauen Deutschlands nach Essen geströmt waren, um Bekenntnis für Christus abzulegen. Zehntausende von jungen Katholiken waren es, die meisten in der schmucken Kleidung irgend einer der Jugendorganisationen. Es war ganz selbstverständlich, daß diese Jugend, die unsere große Hoffnung ist, in einer eigenen Veranstaltung Zeugnis für ihren König Christus ablegte. Sieht man sich diese Jugend an, diese Jugend mit dem frohen Blick, die keine Lebensmüdigkeit kennt, weil für sie der Sinn des Lebens in der Verherrlichung Christi besteht, dann schaut auch der Ältere mit mehr Zuversicht in die Zukunft. . . . Man sagt nicht zuviel, wenn man diese Jugendkündigung als eine der glanzvollsten Veranstaltungen des Essener Katholikentages bezeichnet. Hier war die Zukunft und die Hoffnung des deutschen Katholizismus. Und diese Hoffnung — Essen hat das erneut gezeigt — ist auch in der Großstadt, und gerade dort auf dem Vormarsch.“

Diese Jugendorganisationen bauen planmäßig auf der Kinderarbeit auf — darin liegt ihre Kraft. Die Helferversammlung der katholischen Reichsarbeitsgemeinschaft „Kinderwohl“ — der katholische Gegenschlag gegen die sozialistischen „Kinderfreunde“ — war eine der wenigen Veranstaltungen, deren Bericht ruhig, sicher und nicht von Sorge diktiert klingt.

„Ueber 42 Zeltlagern katholischer Volksschuljugend wehten in diesem Sommer 1932 die Christusbanner, eine Tatsache, die am sichtbarsten das Wachstum zielbewusster katholischer Freizeitarbeit am Kind offenbart. . . . Viele Tausende katholischer Kinder in Kindergruppen und Kindergemeinschaften tragen heute stolz und freudig das kleine schlichte Silberkreuz als Christi junge Schar.“

„Katholische Kinder“ — in Wahrheit sind es nur die Kinder katholischer Eltern; aber sie werden der Kirche eingegliedert und ihrem Einfluß ausgesetzt in einem Alter, in dem es noch möglich ist, ihren Verstand den Lehren der Kirche zu beugen, ohne seine Gegenwehr fürchten zu müssen. Daher der Erfolg dieser Arbeit, darum die Empfehlung des Bischofs: „Kinder sind die Lieblinge Jesu und den Bischöfen vom Heiligen Vater besonders ans Herz gelegt.“

Der zweite Weg:

Ausbau und Pflege des organisatorischen Einflusses der Kirche auf das öffentliche Leben.

Die Vertreterversammlungen des Katholikentages überschlugen sich in dem Eifer, Vorschläge auszuarbeiten: Katholische Eheberatungsstellen; freie Wohlfahrtsunternehmungen; Einfluß auf die Wohlfahrtsgesetzgebung; Förderung der Siedlungspläne, der Arbeitsbeschaffung, Ueberwachung der katholischen Presse, der Literatur, des Polizeiberufes; Exerzitien für den journalistischen Nachwuchs, Verbesserung des „Schund- und Schmutzgesetzes“; Filmproduktion und Beeinflussung des Rundfunks; Organisation eines katholisch zulässigen Sportbetriebs; Volkshochschularbeit.

Hinter den Kulissen des Katholikentages.

Dollfuß statt Papen.

Den Katholikentag als bloßen Zentrumsparteitag zu kennzeichnen, wie es die Reichspresse zum Teil tut, schießt weit übers Ziel hinaus. Andererseits ist es selbstverständlich, daß die Führer der katholischen Organisationen von der katholischen Kirche selber angefangen bis zur Polizeisorgsorge und bis zum „Deutschen Verein vom Heiligen Land“ politische Ziele verfolgen, d. h. den Machtkampf gegen alles, was nicht katholisch ist, organisieren. In diesen politischen Fragen wirbelte natürlich das Problem, wie es mit den katholischen Regierungsvertretern, vor allem dem amtierenden Reichskanzler Papen sein werde, viel Staub auf. Er war nicht da. Wie es in einem Teil der Presse heißt, soll er auf eine Anfrage die Antwort erhalten

Aus der Betriebsamkeit all dieser Pläne und Vorschläge tönt deutlich, vielleicht am schärfsten unter allen Ansätzen, die in Essen geprüft und erwogen wurden, der Appell heraus: Es muß gelingen, neue Zugangsstraßen zu den Menschen der Großstadt zu finden, auf denen diese den Verkehr mit dem Kruzifix und der Madonna wieder aufnehmen. Keine leichte Aufgabe, denn was sollte eigentlich bei noch so gut, modernen und großzügig geleiteten Wohlfahrtsanstalten, Kinos oder Sportverbänden einen Menschen veranlassen, sich Dogmen zu unterwerfen, mit denen weder er noch die Veranstaltung im Grunde etwas zu tun hat? Zwei Kräfte gibt es, die der Kirche diesen Dienst leisten — in Essen hat man sie begreiflicher Weise nicht erwähnt: Die Not, die den Empfänger von Wohltaten an seinen Wohltäter bindet, und die Furcht, die einem Menschen noch aus seiner Kinderzeit in den Knochen sitzen kann, selbst wenn er verstandesmäßig ihre Grundlage, die Höllen- und Himmelsvorstellungen, überwunden hat; die aber nur eines Anstoßes bedarf, um von neuem im Beichtstuhl die Herrschaft über ihn zu gewinnen.

Der dritte Weg, anscheinend der geistigste:

„Als mit Glockengeläut von allen Pfarrkirchen Essens am Samstagabend der Tag der großen Katholikentagkundgebung eingeleitet wurde, peitschte der Sturmwind wieder dicke Regenschwaden über die Stadt. . . . In schweigender Prozession zog man durch die dunklen Straßen der Großstadt, lohnende Fackeln in Händen, die am Ewigen Licht der Pfarrkirchen angezündet worden waren.“

Durch alle Pfarreien zog diese nächtliche Demonstration für Christus, die die große Idee dieses Katholikentages kraftvoll versinnbildlichen sollte. Die Lichterzüge der Altstadt mündeten auf den Burgplatz, der im Schein der zusammengeworfenen Fackeln mit den dunklen Konturen des ehrwürdigen Münsters an der einen und den Handels- und Geschäftshäusern an der anderen Seite wie ein Sinnbild der ganzen Tagung wirkte. Fanfaren erklangen. Viele Tausende standen hier unbeirrt durch die Unbilden des Wetters und legten Zeugnis ab für die Idee: „Christus in der Großstadt!“ Machtvoll klang ihr Bekenntnis in die Nacht hinaus. Ein Hoch auf den Kardinal wurde ausgebracht. Dann klang das gesungene Jugendbekenntnis aus tausend Kehlen: „Wann wir schreiten Seit' an Seit', Christus, Herr der neuen Zeit.“

Die Kirche sucht nach neuen Symbolen, mit denen sie ihre Gläubigern erfassen und zusammenschließen kann. „In schweigender Prozession“, die Reibungen und Hemmungen des Dogmas zurückdrängend. . . . Was bleibt, ist die Demonstration der „Ueberzeugungskraft eines sich mit allen Kräften einsetzenden lebendigen Menschen.“

Von dieser einheitlichen Willenskundgebung geht eine Macht aus, und die Kirche versteht es, diese Macht einzusetzen.

Wie ist diese Machtentfaltung möglich, die selber vom Aberglauben lebt? Bei Licht besehen: Nur dank der Schwäche unseres Zeitalters, das im Relativismus versunken ist und in dem daher schon das blinde Festhalten an irgend einer Weltanschauung den Glorienschein der Ueberzeugungstreue zu haben scheint, selbst wenn diese Weltanschauung die Klarheit der bestimmten Sprache scheut und ihren Inhalt aus dem Dämmer von Fackelzügen entnimmt, die die nächtliche Stille einer Großstadt ausnutzen.

Geistesfreiheit über Essen!



In Essen findet am Sonntag, dem 11. September, der vom Deutschen Freidenker-Verband einberufene Kulturtag statt. Es ist kein Zufall, daß sich die Freidenker gerade in Essen versammeln, der Stadt, die den diesjährigen Katholikentag, die Heerschau der Schwarzen Internationale, in ihren Mauern sah. Es gilt, den Menschen des Schwarzen Reviers, den Kumpels über und unter Tage, den Arbeitern an Maschine und

laufendem Band, den Kumpels ohne Arbeit, denen, die an den Stempelstellen Schlange stehen, die zu Hause nur Bilder des Elends und der Verzweiflung sehen, zu sagen, zu zeigen:

Genossen, es ist nicht nötig, daß Ihr stempelt, daß Ihr hungert, friert!

Kein Naturgesetz — und auch kein göttlicher Wille! — hat diese Welt zum Jammertal bestimmt. Es ist das Unrecht, von Menschen dem Menschen angetan, das Eure Kraft friert, das Euch müde und verzweifelt macht. Und dieses Unrecht deckt, schützt, fördert die Kirche mit ihren Lehren! Unter dem Mantel der Barmherzigkeit verbirgt sie ihr wahres Gesicht, das den Starken dieser Welt allen Schutz angeheiden läßt, während der Arme weiter darbt. Dieses sehen, dieses begreifen, heißt Freidenker werden, Kämpfer gegen Verlogenheit und Heuchelei.

Die Notwendigkeit dieses Kampfes der Unterdrückten gegen die geistigen Urheber ihrer Not will der Kulturtag in die Köpfe hämmern. Er will sie in die Köpfe, in die Hirne gerade der Arbeiter hämmern, über die die schwarze Flut eines Katholikentages hinweg gespült ist. Dieser Kulturtag will sie aufrütteln, aufpeitschen, daß eine andere Gewißheit als die der Kirche Besitztum der Entrechteten wird, nämlich die: Hilf Dir selber! Denn Du hast die Kraft dazu!

Der Kulturtag soll unsern Gegnern, aber auch unseren Freunden und Genossen zeigen, daß wir wach sind. Er soll ihnen zeigen, daß wir uns nicht ducken werden und vor dem Ansturm der Reaktion nicht ins Mausloch kriechen. Ein Signal, ein Alarm soll dieser Kulturtag werden! Es gilt, die gezeigten Reaktion ein Bündnis der Arbeiterschaft entgegenzusetzen, das kraftvoll und warnend zugleich dem Feinde Achtung abzwängt, und das darüber hinaus in allen, die an einer freien, schöneren Welt mithelfen wollen, die Zuversicht weckt, daß wir eine Kultur auf eigenem Boden zu schaffen vermögen.

Genosse! Darum geht auch dieser Kulturtag Dich an! Gleichgültig, ob Du Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes bist oder nicht: Du sollst mitmarschieren am 11. September in Essen in den Reihen des kämpfenden Proletariats

für Geistesfreiheit, Recht und Kultur!

Du sollst Deine Grüße senden, Deine Vorschläge; Deine Teilnahme hilft den Genossen an der Ruhr!

Not-Block

haben, daß sein Kommen nicht erwünscht sei. Die „Berliner Börsenzeitung“ weiß von einem weit „taktloseren“ Verhalten der „Essener Zentrumstagung“ zu melden: „Man hat den Reichskanzler von Papen nicht nur nicht eingeladen, sondern man hat ihn, ohne daß er sich mit einem Ersuchen um eine Auf-forderung zur Teilnahme an irgend jemandem gewandt hätte, und ohne daß er die Absicht geäußert hätte, an der Essener Tagung teilzunehmen, von vornherein und für alle Fälle wissen lassen, er möge doch nicht an der Essener Tagung teilnehmen!“ Das halbamtliche Regierungsblatt weiß sich dieses Verhalten des Fürsten Löwenstein, des ständigen Kommissars der Katholikentagung, das es als einen Skandal bezeichnet, nicht anders zu erklären als aus der Angst der Veranstalter von der Gefährdung der reinen parteipolitischen Linie.

Wie auch die Sache stehen mag, ob Papen sich eingeladen hat oder ob man ihm von vornherein abgewinkt hat — es wird schon so sein, daß das Zentrum keine besondere Veranlassung sah, dem Katholikentag die höhere weltliche Weihe durch das Erscheinen des deutschen Regierungschefs zu geben, dem gegenüber das Zentrum zur Zeit eine oppositionelle Haltung einnimmt. Auch ist bekannt, daß die Unterhandlungen mit den Nazis von selten des Zentrums nur für die Dauer des Katholikentages unterbrochen worden sind. Die Zentrumsleiter werden es also für klüger gehalten haben, auf dem Katholikentag nicht mit Herrn von Papen eine konfessionelle Front zu bilden, die sie in dem politischen Bereich wieder aufbauen wollen.

Auffallend in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Ansprache Dr. Brächts, der als Vertreter Preußens in Essen gesprochen hat, von der „Germania“ völlig totgeschwiegen worden ist — worüber Herr von Papen und Herr Bracht selber sehr merkwürdig berührt sein sollen. Der Katholikentag hat also die führenden politischen Katholiken einander keineswegs näher gebracht.

Dafür scheint eine andere politische Spannung gelöst worden zu sein: Man erinnert sich, daß das Lausanner Protokoll, das Oesterreich den Anschluß an Deutschland versagt, von den Christlich-Sozialen in Oesterreich in erster Linie gestützt worden ist — zur großen Bestürzung der deutschen Bruderpartei, das Zentrums. Die „Germania“ hatte hierzu geharnischte Artikel losgelassen. Jetzt war Dollfuß, der österreichische Bundeskanzler, der die Annahme des Protokolls im Nationalrat vertreten hat, in Essen. Zur Besiegelung der offenbar wieder geschlossenen Freundschaft — wodurch das Zentrum nun eigentlich plötzlich beruhigt ist, ist bisher nicht bekanntgegeben worden — ist der nächste deutsche Katholikentag nach Wien einberufen worden. Die gemeinsame Demonstration für den einigen deutschen Katholizismus hat sich anscheinend stärker gezeigt als der trennende Streit um den Anschluß, den die Oesterreicher in diesem Fall um der Anleihe willen zurückgestellt haben — wenn die gemeinsame Demonstration des „deutschen Südens“ nicht als Spitze gegen den Preußengeist gedacht ist.

